NÖ Krankenanstaltengesetz

Änderung

SYNOPSIS

Dokumentation der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens

betreffend die beabsichtigte Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes

Zum vorliegenden Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

1. Allgemeiner Teil

Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ

Zum gegenständlichen Begutachtungsentwurf wird seitens des NÖ GVV keine Stellungnahme abgegeben.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

Die AK Niederösterreich bedankt sich für die Möglichkeit zum gegenständlichen Landesgesetz, mit dem das NÖ Krankenanstaltengesetz geändert wird, eine Stellungnahme abzugeben und erhebt gegen die geplante Novellierung keine Einwände.

Abteilung Landesamtsdirektion/Service

Im Rahmen der Bürgerbegutachtung sind bei der Beratungsstelle keine Stellungnahmen eingelangt.

Bundeskanzleramt/Verfassungsdienst

Zur gegenständlichen Note teilt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst unter Hinweis auf sein Rundschreiben vom 21. August 2012, GZ BKA-601.920/0006-V/2/2012, betreffend Begutachtung von Rechtsvorschriften der Länder im Gefolge der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, mit, dass es das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz befasst und ersucht hat, eine allfällige Stellungnahme bis zum 17. Jänner 2022 abzugeben.

Innerhalb offener Frist sind keine Stellungnahmen eingelangt.

Österreichischer Städtebund

Zum mit Schreiben vom 19. Dezember 2021, ZI. GS4-GES-1/108-2021, übermittelten Entwurf einer Änderung des NÖ Krankenstaltengesetzes nimmt die Landesgruppe NÖ des Österreichischen Städtebundes wie folgt Stellung:

Es wird davon ausgegangen, dass die gesetzlichen Änderungen keine Auswirkungen auf die Finanzierung der Krankenanstalten im Allgemeinen und den Finanzierungsbeitrag der Gemeinden im Speziellen haben werden, weder aktuell noch nach dem im Kommunalgipfel vereinbarten Zeitraum betreffend der garantierten NÖKAS-Steigerungen.

2. Besonderer Teil

Zu Ziffer 1:

Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst

Im Klammerausdruck des Textes sollte vor dem Buchstaben e ein Leerzeichen eingefügt werden.

Diese Anregung wurde berücksichtigt.

Zu Ziffer 3 (des Begutachtungsentwurfs):

NÖ Gemeindebund

Angemerkt wird dazu, dass bei der Zulassung von wissenschaftlicher Forschung in NÖ Fondskrankenanstalten seitens der NÖ Landesgesundheitsagentur als deren Rechtsträger durch vorsorgliche Richtlinien, Transparenz- und sonstige Kontrollmaßnahmen vorgesorgt werden sollte, dass es zu keiner ungebührlichen finanziellen Abhängigkeit oder Einflussnahme von Pharmafirmen, Medizinproduktherstellern etc. auf den gemeinnützigen Betrieb der öffentlichen Krankenanstalten kommt. Gegebenenfalls könnte die NÖ Ethikkommission mit dieser Aufgabe betraut werden.

Rechnungshof

Die gemäß dem vorgeschlagenen § 19e Abs. 10 NÖ KAG zulässige wissenschaftliche Forschung soll künftig jegliche medizinische Forschung im Bereich

der Krankenanstalten umfassen und sich nicht auf Forschung im Sinne des § 19e Abs. 1 NÖ KAG, d.h. auf Forschung im Zuständigkeitsbereich der Ethikkommission, beschränken. Überdies sollen die Krankenanstalten künftig auch Leistungen, etwa Subleistungen für andere akademische Forschungseinrichtungen, im Rahmen der Forschung erbringen können, ohne jedoch selbst zu forschen. Damit geht der Regelungsbereich des vorgeschlagenen § 19e Abs. 10 NÖ KAG über den Zuständigkeitsbereich der Ethikkommission hinaus.

Im Hinblick auf diesen erweiterten Anwendungsbereich wäre zu prüfen, ob die vorgeschlagene Regelung systematisch noch im Einklang mit § 19e NÖ KAG steht, der die Zuständigkeiten und die Organisation der Ethikkommission regelt.

Nach Ansicht des RH ist im Entwurf nicht ausdrücklich festgehalten, dass und auf welche Weise die Träger von Krankenanstalten und die von diesen beauftragten Organe und sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zuge sämtlicher Forschungsvorhaben und Leistungserbringungen die Einhaltung der rechtlichen – insbesondere der datenschutzrechtlichen – Bestimmungen und der medizinisch-ethischen Grundsätze sicherzustellen haben. Eine entsprechende Regelung wäre nach Ansicht des RH insbesondere für jene Forschungsvorhaben und Leistungserbringungen zweckmäßig, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ethikkommission fallen. Es wird daher angeregt, die Aufnahme einer derartigen Regelung in das NÖ KAG zu prüfen.

Abteilung Finanzen

Der neu eingefügte 2. Satz sieht eine Ausnahme vom Grundsatz vor, dass wissenschaftliche Forschung vom Träger der Krankenanstalt nur zuzulassen ist, wenn deren Aufwendungen ersetzt werden. Diese Ausnahme soll jede nichtwirtschaftliche und nichtkommerzielle Forschung umfassen, sofern sie nicht abgegolten wird. Diese Ausnahme höhlt den Grundsatz völlig aus. Sie steht außerdem in einem Spannungsverhältnis zu der in Z. 1 zu § 15f vorgesehenen Ermächtigung, „abweichend von § 19 Abs. 10 wissenschaftliche Forschung auch zuzulassen, wenn (...) sämtliche durch die Forschung verursachten Aufwendungen ersetzt werden“.

Wissenschaftliche Forschung, deren Aufwendungen nicht ersetzt werden, führt zu einer Erhöhung der Unterdeckung. Wenn gleichzeitig die unter Z. 8 bei § 49e Abs. 3

vorgesehenen Änderung erfolgt, wonach eine Unterdeckung nicht mehr vom Träger der Krankenanstalt, sondern vom Land NÖ zu tragen ist, kann der Regelung in dieser Form nicht zugestimmt werden.

Die im Begutachtungsentwurf vorgesehenen Änderungen sind entfallen. Die Anregungen sind damit obsolet.

Zu Ziffer 2:

NÖ Gemeindebund

Nach § 23 Abs. 3 ist der Voranschlag nach den Richtlinien des NÖGUS zu erstellen, wobei diese die in den lit. a-f vorgesehenen Grundsätze zu enthalten haben. Es bedürfte die beabsichtigte Regelung daher wohl auch einer Änderung des NÖGUS-Gesetzes. Ferner ist in diesem Zusammenhang auf die diesbezüglichen Vorgaben zur Gestaltung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse nach § 17 Abs. 2 Z. 5 des Gesundheits-Zielsteuerungsgesetzes hinzuweisen, auf die jedenfalls bei der geplanten Änderung Rücksicht zu nehmen wäre. Die Bilanzierungsvorschriften nach dem UGB entbinden nämlich die NÖ LGA nicht von den nach krankenanstaltenrechtlichen Bestimmungen einzuhaltenden Vorschriften.

Weitere Anpassungen sind nicht erforderlich, da ausreichende Regelungen im NÖ LGA-G getroffen wurden.

Abteilung Finanzen

Die Bestimmung bezieht sich aufgrund entsprechender Verweise auf § 23 Abs. 1 auf „NÖ Fondskrankenanstalten“. Nach § 2 Abs. 2 NÖ KAG sind Fondskrankenanstalten alle Krankenanstalten, deren Rechtsträger Mittel aufgrund der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens in Anspruch nehmen und vom Aufgabenbereich des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds gemäß § 2 Abs. 1 des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes, LGBl. 9450, umfasst sind.

Es wird angeregt zu prüfen, ob es auch außerhalb des derzeitigen Geltungsbereiches des NÖ LGA-G bzw. der NÖ Landesgesundheitsagentur Fondskrankenanstalten gibt, weil für diese die vorgesehenen Bestimmungen (zumindest hinsichtlich des Verweises auf die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen) nicht sachgerecht wären.

Dieser Anregung wurde durch die Einfügung einer entsprechenden Klarstellung in den vorgeschlagenen Gesetzestext entsprochen.

Zu Ziffer 8 (des Begutachtungsentwurfes):

NÖ Gemeindebund

Eine im Rechnungsabschluss sich ergebende Unterdeckung ist – obwohl Rechtsträger der NÖ Fondskrankenanstalten die NÖ Landesgesundheitsagentur ist – nach Maßgabe der jeweiligen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung allein vom Land zu tragen. Ein über das für die Jahre 2022 und 2023 entstehendes finanzielles Mehrerfordernis der NÖ LGA darf daher keinesfalls zu einer Erhöhung der vereinbarten NÖKAS-Beiträge gehen.

Abteilung Finanzen

Bisher ist vorgesehen, dass eine allfällige Unterdeckung vom Träger der jeweiligen Krankenanstalt zu tragen ist. Von diesem Grundsatz soll dahingehend abgegangen werden, dass künftig das Land NÖ zur Tragung verpflichtet ist.

Auch § 49e erfasst alle NÖ Fondskrankenanstalten. Auf die Ausführungen zu Z. 4 bis 6 wird verwiesen. Eine Verpflichtung zur Tragung der Unterdeckung von allfälligen nicht vom LGA-G erfassten Krankenanstalten wird kategorisch abgelehnt. Hinsichtlich der in der Trägerschaft der NÖ LGA befindlichen Krankenanstalten (§ 3 Abs. 4 NÖ LGA-G) ist festzuhalten, dass die Festlegung einer Abgangsdeckung durch das Land zu den „Regelungen für die konkrete Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land Niederösterreich und der NÖ LGA“ iSd. § 39 NÖ LGA-G zählt und somit der zwischen dem Land und der NÖ LGA abzuschließenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorbehalten ist. Ein generelles Abgehen von diesem Grundsatz wird abgelehnt. Allenfalls könnte das Gesetz vorsehen, dass hinsichtlich der in der Trägerschaft der NÖ LGA befindlichen Krankenanstalten davon abgewichen werden kann, sofern die Vereinbarung gem. § 39 NÖ LGA-G dies vorsieht.

Diese Anregungen sind obsolet, da die im Begutachtungsentwurf ursprünglich vorgesehenen Änderungen entfallen sind.

Zu Ziffer 6:

Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst

Am Satzbeginn hätte die Absatzbezeichnung „(4)“ zu entfallen.

Dieser Anregung wurde entsprochen.

3.Erläuterungen

Rechnungshof

Die Erläuterungen beschränken sich auf den Hinweis, dass der gegenständliche Entwurf keine finanziellen Auswirkungen auf das Land Niederösterreich, die Gemeinden und den Bund hat. Dies erscheint aus der Sicht des RH zutreffend, als die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen auf die genannten Gebietskörperschaften haben dürfte.

Sollte der Träger von Krankenanstalten jedoch künftig auf den Ersatz der Aufwendungen aus nichtwirtschaftlichen wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten und damit in Zusammenhang stehenden Leistungen verzichten (vgl. § 19e Abs. 10 i.d.F. des Entwurfs), hätte dies Mindereinnahmen zur Folge. Diese müssten der Krankenanstaltenträger bzw. das Land Niederösterreich durch die Deckung des Betriebsabgangs tragen. Aus der Sicht des RH wäre eine nähere Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wenn künftig auf den Ersatz von Aufwendungen für Forschungstätigkeiten verzichtet würde, wünschenswert gewesen.

Aufgrund der gegenüber dem Begutachtungsentwurf vorgenommenen Änderungen ist diese Anregung obsolet.

Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst

In der Überschrift zu Z 1 sollte zwischen dem Paragrafenzeichen und der Paragrafenzahl ein Leerzeichen eingefügt werden.

Am Ende der Überschrift zu Z 2 sollte eine schließende Klammer gesetzt werden.

In den Ausführungen zu Z 4 und Z 5 (§ 23 Abs. 3 lit b und c) ist der Text im zweiten Satz durch einen Zeilenumbruch unterbrochen und sollte eine Beseitigung dieses Redaktionsversehens erfolgen.

Diese Anregung wurde berücksichtigt.